

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 3 (1962)
Heft: 42

Vorwort: Fortschrittlicher Antikommunismus
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern I

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

EWG-Stellungnahme der Schweiz
Integrationssorgen im Ostraum (4)
Wirtschaftsreform in Bulgarien (5)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telefon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

3. Jahrgang, Nr. 42

Bern, 17. Oktober 1962

Erscheint wöchentlich

Fortschrittlicher Antikommunismus

Wir haben anfangs Jahr (KB Nr. 5, 7 und 12) einige Vorwürfe untersucht, die gelegentlich gegen die Linie unserer Tätigkeit geäussert werden, und möchten heute eine weitere Abgrenzung dieser Art vornehmen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob der Kampf gegen den Kommunismus nicht zu einer unberechtigten Verherrlichung auch der Schattenseiten der Demokratie führe. Um diese Frage zu beantworten, ist eine kurze Erörterung über Diktatur und Demokratie nötig.

Der kommunistische Machtaufschwung

Es sind dieser Tage 45 Jahre verflossen, dass Lenin die Macht in Russland an sich riss und das Land in ein Chaos stürzte. In zäher Arbeit hat er bis zu seinem Tode im Jahre 1924, und haben nach ihm seine Nachfolger Stalin und Chruschtschew die Macht der kommunistischen Partei gemehrt und deren Einfluss geweitet. Bedeutendes ist durch einen zielbewussten Einsatz geleistet worden. Der Kommunismus kontrolliert heute 36 Prozent der Weltbevölkerung gegen 21 Prozent der freien Welt (1917: 9 Prozent); er verfügt über rund 33 Prozent des Produktionspotentials der Welt (1917: 3 Prozent). Auf manchem, besonders naturwissenschaftlichem und technischem Forschungsgebiet ist er mit an der Spitze oder gar allein führend. Die Ausbildung in Schulen und Universitäten ist auf einen sehr hohen Stand gebracht worden.

Es ist kaum je in der Geschichte der Menschheit in so kurzer Zeit eine so grosse Leistung wie von der kommunistischen Diktatur erbracht worden. Aber diese Leistung ist kein Wunder. Sie wurde zum Preis der Sklaverei erkaufte, und der Preis ist zu hoch.

Die demokratische Wirklichkeit

Die Demokratie ist im Gegensatz zur kommunistischen Kriegswirtschaft eine Friedenswirtschaft. Sie soll dem Bürger die grösstmögliche Freiheit gewähren, seine eigenen Ziele anzustreben und seine eigenen Anliegen zu verwirklichen. Daher bezweckt die Wirtschaft hier vor allem die Hebung des Volkswohlstandes.

Die Leistungen der Demokratie beziehen sich aus diesem Grunde vorwiegend auf das Individuum und nicht auf die Gemeinschaft. Sie erbringt nur mühevoll grosse Kollektivwerke, wie Autobahnen, Nach-

wuchsförderung oder Raketenforschung, lässt dem einzelnen aber in jeder Beziehung mehr Lebensraum. Dafür zeichnet natürlich die Gesamtheit der Staatsbürger verantwortlich, weil sie in ihrer Mehrheit die letzten Entscheidungen treffen. Aus diesem Grunde ist die Demokratie langfristig gesehen anpassungsfähiger; sie kann Revolution durch Evolution ersetzen. Der Fortschritt mag langsamer, aber er wird schliesslich stetiger sein.

Auf Kosten ihrer Machtposition fördert die Demokratie den Lebensstandard des Volkes und damit auch eine Ausrichtung auf die dem einzelnen zugänglichen materiellen Werte. Deshalb schwächt sie sich selber im Hinblick auf eine mögliche Auseinandersetzung.

Beurteilung der Unterschiede

Die Beurteilung von Demokratie und Diktatur hängt vom Standort des Betrachters ab.

Von religiöser, moralischer und ethischer Sicht aus steht die Demokratie ungleich höher, sofern das Verantwortungsbewusstsein in dauerndem Bemühen gehoben wird. Demokratie setzt daher eine breite Erziehungsarbeit voraus und muss der Ausbildung besondere Aufmerksamkeit widmen.

Unter politischem Gesichtspunkt ist die Beurteilung auf die gegebenen Verhältnisse abzustimmen. Ist die Demokratie in ihrer Stellung unangefochten, so stellt sie zweifellos auch in politischer Hinsicht die bestmögliche Ordnung dar. Ist sie aber angefochten, wird ihr ein Konflikt aufgezwungen, beispielsweise durch den Herrschaftsanspruch einer Diktatur, dann werden ihre Vorzüge fragwürdig. Sie lässt sich politisch nur insoweit rechtfertigen und befürworten, als sie sich den Anfechtungen gewachsen zeigt, also freiwillig jene kollektiven Leistungen erbringt, welche in der Diktatur erzwungen werden. Denn die Auseinandersetzung erfolgt auf dem Gebiete solcher kollektiver Leistungen, nicht aber im Vergleich des dem einzelnen gewährten Lebensraumes.

Die Diktatur ist im Hinblick auf den militärischen oder revolutionären Krieg eine geeignete politische Staatsform, sie muss jedoch vom menschlichen Standpunkt aus abgelehnt werden.

Die Demokratie ist vom menschlichen Standpunkt aus zu befürworten, läuft aber Gefahr, den kriegerischen Anfechtungen nicht gewachsen zu sein.

Die Auseinandersetzung

Der Konflikt, wie er uns durch den kommunistischen Herrschaftsanspruch aufgezwungen wird, verlangt von uns ein klares Bekenntnis zur Demokratie als Grundsatz und eine kompromisslose Ablehnung des Kommunismus. Diese unumgängliche Entscheidung betrifft die Demokratie als Staatsform, die wohl gute, aber nicht die bestmöglichen Inhalte aufweist, eine Staatsform, in welcher wir uns die Möglichkeit nötiger Anpassung erhalten wollen.

Die kompromisslose Ablehnung der Diktatur bedeutet also keineswegs eine Verherrlichung unserer Zustände. Im Gegenteil. Wenn wir die Auseinandersetzung erfolgreich bestehen wollen, sind bei uns weitgehende Veränderungen nötig. Unter beträchtlichen Opfern werden wir die wissenschaftliche Forschung, die sachliche Aufklärung und die Entwicklungshilfe fördern müssen. Solche Reformen sind überhaupt erst die Voraussetzung für den weiteren Bestand der Freiheit.

Diese Reformen müssen Folge demokratischer Willensbildung bleiben, weil in der Demokratie nur im äussersten Notfall vom Widerstandsrecht Gebrauch gemacht werden darf. Dass Reformen nötig und unumgänglich sind, deckt gerade die kommunistische Gefahr auf; sie sind zur Existenzfrage geworden. Der Kampf gegen den Kommunismus darf also niemals eine bequeme Befürwortung aller Einrichtungen bewirken. Ueberholtes muss weggeschnitten, Neuem soll nach Bewährung der Weg geebnet werden.

In Uebereinstimmung mit diesen Ueberlegungen fordern wir seit langer Zeit eine vermehrte Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der sachlichen Aufklärung und der Entwicklungshilfe. Das setzt eine weit umfassendere Nachwuchspflege und eine tiefgreifende Umgestaltung des Unterrichts voraus. Bestrebungen in dieser Richtung müssen deshalb auf der Linie eines aufgeklärten Kampfes gegen den Kommunismus liegen, wie wir ihn vertreten.

Peter Sager.